

**7. Sitzung des Kreistages am 26. März 2012
- Beschlussempfehlungen der beteiligten Fachausschüsse -**

**Zu TOP 4
(Vorlage Nr. 0336/2012):**

Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2010

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:

Änderungsanträge: keine

Abstimmung: **Zustimmung** (einstimmig)

**Zu TOP 5
(Vorlage Nr. 0351/2012):**

**Satzung über die Einrichtung eines Beirates für
die Belange von Menschen mit Behinderungen**

Kreistagsausschuss für Soziales,
Jugend, Frauen, Integration,
Gesundheit und Ehrenamt:

Änderungsanträge:

Mit den Änderungen im Satzungsentwurf, Stand:
1. März 2012

Kreistagsabgeordnete Maren Müller-Erichsen stellt den
Antrag, dass § 3 Abs. 1 a der Altfassung wieder ver-
wendet werden soll:

*„(1) Der Beirat für die Belange von Menschen mit Be-
hinderungen soll mehrheitlich aus Mitgliedern be-
stehen, die zum Personenkreis der Menschen mit
Behinderungen gehören.
Er setzt sich zusammen aus*

- a) je einem/einer Vertreter/in aus dem Personen-
kreis von*
- Menschen mit körperlicher Behinderung*
 - Menschen mit geistiger Behinderung
(zzgl. Assistenz)*
 - Menschen mit seelischer Behinderung*
 - Menschen mit Sinnesbehinderung;*
- diese werden jeweils von ihren Organisationen
benannt.“*

Kreistagsabgeordneter Harald Scherer stellt folgende
Anträge, die mangels Antragsrecht (da nur beratendes
Mitglied) als „Anregungen“ betrachtet werden:

- Die Stabsstelle Recht soll bis zur Kreistagssit-
zung am 26. März 2012 eine rechtliche Stel-
lungnahme zur Satzungsfassung vom 1. März
2012 vorlegen.

Landrätin Anita Schneider und hauptamtlicher Ers-
ter Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald sagen dies zu.

- Keine Differenzierung der Beiratsmitglieder zwi-
schen beratenden und stimmberechtigten Mit-
gliedern.

Diese Anregung wird von keinem der stimmberechtigten Ausschussmitglieder übernommen, daher findet keine Abstimmung statt.

Abstimmung
über den Änderungs-
antrag der Kreistags-
abgeordneten Frau
Müller-Erichsen:

Zustimmung (einstimmig)

Abstimmung über
den geänderten
Hauptantrag:

Zustimmung (einstimmig
bei 3 Stimmenthaltungen)

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:

Änderungsanträge:

Die im Fachausschuss erbetene Stellungnahme der Stabsstelle Recht (Anlage 1 a) liegt vor. Folgende diesbezüglichen Änderungen (und die Änderungswünsche aus dem Fachausschuss) wurden in dem Entwurf Stand 21. März 2012 (Anlage 1 b) eingearbeitet:

- Einfügung eines § 3 Abs. 8 mit dem Wortlaut:

„Die Berufung der Beiratsmitglieder erfolgt durch den Kreisausschuss.“
- Ersatz des Kommazeichens in § 7 Abs. 2 zwischen den Worten „*schriftlich*“ und „*per Email*“ durch das Wort „**oder**“.
- Ersatz des Wortes „*Stimmenthaltungen*“ durch das Wort „*Stimmhaltungen*“ in § 7 Abs: 4 Satz 3.

Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter Dirk Oßwald bittet darum, wegen der Einfügung des § 3 Abs. 8, durch den der Kreisausschuss über die Berufung entscheidet, in § 1 Abs. 3 a das letzte Wort „*benannt*“ zu ersetzen durch das Wort „*vorgeschlagen*“.

Dieser Änderungsvorschlag ist in die Änderung eingeflossen

Kreistagsabgeordneter Reinhard Hamel bittet darum, in § 3 Abs. 1 das Wort „*soll*“ durch das Wort „*besteht*“ zu ersetzen und das Wort „*bestehen*“ zu streichen.

Diese Anregung wird von keinem der stimmberechtigten Ausschussmitglieder übernommen, daher findet keine Abstimmung statt.

Abstimmung über
den geänderten
Hauptantrag:

Zustimmung (einstimmig)

Zu TOP 8
(Vorlage Nr. 0321/2012):

Bürgeranleihen

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:

Änderungsanträge:
Haushaltsänderungsantrag des Kreistagsabgeordneten

(12. Dezember 2011)

Reinhard Hamel zu div. Produkten – Investitionsvorhaben Nr. 0217/2011-8.

Ausschussvorsitzender Matthias Klose und Landrätin Anita Schneider schlagen vor, zunächst den Bericht des Portfoliobeirates in der nächsten Sitzungsrunde abzuwarten und diesen Antrag nicht als Haushaltsänderungsantrag, sondern als Sachantrag zu betrachten, über den danach abgestimmt werden sollte.

Kreistagsabgeordneter Reinhard Hamel ist mit dem Verfahrensvorschlag einverstanden.

Abstimmung: *Keine Abstimmung*

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:
(13. Februar 2012)

Verfahrensanträge:

Fraktionsvorsitzende Hiltrud Hofmann empfiehlt, den Antrag so lange zurückzustellen, bis rechtlich geprüft ist, ob Bürgeranleihen bei hessischen Landkreisen überhaupt zulässig sind.

Kreistagsabgeordneter Reinhard Hamel signalisiert als Antragsteller Zustimmung zum Verfahren.

Abstimmung: *Keine Abstimmung*

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:
(22. März 2012)

Änderungsanträge:

Da noch keine Mitteilung der Aufsichtsbehörde vorliegt, wird der Tagesordnungspunkt im Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss am 22. März 2012 und auch im Kreistag am 26. März 2012 vertagt.

Abstimmung: *Keine Abstimmung*

**Zu TOP 9
(Vorlage Nr. 0329/2012):**

**Historischer und vorgeschichtlicher Bergbau im
Landkreis Gießen - Risiken erkennen und be-
kämpfen**

Kreistagsausschuss für Kreistags-
ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und Abfallwirtschaft:
(13. Februar 2012)

Änderungsanträge: keine

Abstimmung: **Ablehnung** (einstimmig)

**Zu TOP 10
(Vorlage Nr. 0355/2012):**

Resolution zum Main-Lahn-Sieg-Express

Kreistagsausschuss für Arbeit,
Wirtschaft, Kreisentwicklung,
Energie und Verkehr:

Änderungsanträge: keine

Abstimmung: **Zustimmung** (einstimmig)

Zu TOP 11 (Vorlage Nr. 0357/2012):	Wöchentliche Leerung von Bioabfalltonnen in der warmen Jahreszeit
---	--

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:

Änderungsanträge: keine

Abstimmung: **Zustimmung** (einstimmig)

Zu TOP 12 (Vorlage Nr. 0358/2012):	Hilfsmittel aus dem Verhütungsmittelfonds auch für Asylbewerber/innen
---	--

Kreisausländerbeirat:

Änderungsanträge: keine

Abstimmung: **Zustimmung** (einstimmig)

Kreistagsausschuss für Soziales,
Jugend, Frauen, Integration,
Gesundheit und Ehrenamt:

Änderungsanträge: keine

Abstimmung: **Zustimmung** (einstimmig)

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:

Änderungsanträge: keine

Abstimmung: **Zustimmung** (einstimmig)

Zu TOP 13 (Vorlage Nr. 0359/2012):	Einrichtung eines Fahrgastbeirates für den Landkreis Gießen
---	--

Kreistagsausschuss für Arbeit,
Wirtschaft, Kreisentwicklung,
Energie und Verkehr:

Verfahrensanträge:

Wegen auftauchender Fragen (z.B. zu Kosten- und Sitzungsfrequenz des Fahrgastbeirates) sichert Landrätin Anita Schneider eine entsprechende Beantwortung zu. Der Antrag soll um eine Sitzungsrunde vertagt werden.

Abstimmung: *Keine Abstimmung*

Zu TOP 14 (Vorlage Nr. 0363/2012):	Kindergrundsicherung
---	-----------------------------

Kreistagsausschuss für Soziales,
Jugend, Frauen, Integration,
Gesundheit und Ehrenamt:

Änderungsanträge:

Initiativantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 14. März 2012 (Anlage 2) mit dem Wortlaut:

„Der Kreistag möge beschließen:

Der Jugendhilfeausschuss wird gebeten, im Rahmen der Berichterstattung zur Sozialarbeit an Schulen folgendes Thema besonders zu erörtern:

„Auswirkungen von Kinderarmut im Schulalltag und Umgang damit unter dem Aspekt der gleichberechtigten Teilhabe“

Möglichkeiten (Best Practice, also positive Beispiele) und Schwierigkeiten (auch unbewusste Diskriminierungen) sollen dargestellt werden, soweit sie den Sozialarbeitern an Schulen bekannt sind“.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gerhard Noeske bittet um folgende Ergänzung im Initiativantrag:

„Im Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt soll über die diesbezügliche Beratung im Jugendhilfeausschuss und das Bildungs- und Teilhabepaket berichtet werden.“

die von den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW übernommen wird.

Abstimmung über
den geänderten
Initiativantrag:

Zustimmung (einstimmig)

Abstimmung über
den unveränderten
Hauptantrag:

Ablehnung (einstimmig)

Zu TOP 15

Genehmigung des Kreishaushaltes 2012 durch das Regierungspräsidium Gießen

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:

Änderungs- und Verfahrensanträge:

Landrätin Anita Schneider legt für den Kreisausschuss einen Initiativantrag (Vorlage 0375/2012) vor, mit dem das am 12. Dezember 2012 vom Kreistag beschlossene Haushaltssicherungskonzept für den Haushalt 2012 geändert werden soll.

Dieser hat folgenden Wortlaut:

„Der Kreistag beschließt in Abänderung seines Beschlusses vom 12. Dezember 2011 das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Gießen für das Haushaltsjahr 2012 in der als Anlage beigefügten (aktualisierten) Fassung.“

Kreistagsabgeordneter Heinz-Peter Haumann bittet darum, heute keine Beschlussempfehlung zu diesem Initiativantrag abzugeben.

Diese Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses wird zu dieser Angelegenheit am Montag, dem 26. März 2012 um 17.30 Uhr im Sitzungssaal des Kreistages (großer Saal des Kulturzentrum am Schlosspark in Buseck-Großen-Buseck) fortgesetzt.

Abstimmung über
den Initiativantrag von
Landrätin Anita
Schneider:

Keine Abstimmung

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:

Änderungsanträge:

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW legen folgenden Initiativantrag (Anlage 3) vor:

„Der Kreistag möge beschließen:

Ein Grundsatzbeschluss zur Beantragung von Entschuldungsleistungen und Zinsdiensthilfen nach dem Schutzschirmgesetz (SchuSG) ist nicht erforderlich. Vielmehr bedarf es eines Beschlusses zur weiteren Vorgehensweise, um fristgerecht einen entsprechenden Antrag bis zum 29. Juni 2012 stellen zu können.

Hierfür beschließt der Kreistag:

1. Der Antrag auf Erhalt von Entschuldungsleistungen und Zinsdiensthilfen nach dem Schutzschirmgesetz und das auf der Basis des vom Kreistag beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes 2012 beizufügende Konsolidierungsprogramm sind vor Abgabe des Antrages dem Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss vorzulegen.

Der Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss wird ermächtigt, über die Antragstellung zu entscheiden.

2. Der endgültige verbindliche Beschluss über die Teilnahme am Kommunalen Schutzschirm und die Zustimmung zu der mit dem Hessischen Finanzministerium abzuschließende Vereinbarung bleibt dem Kreistag vorbehalten.

3. Der Kreistag des Landkreises Gießen äußert seinen Unmut über den Zeitplan des Gesetzgebungsverfahrens, der es den Landkreisen aufgrund des noch nicht beschlossenen Gesetzes, des jedoch bereits definierten Antragsschlusses 29. Juni 2012, nicht ermöglicht, das Antragsverfahren nach Gesetzesbeschluss mit der gebotenen Gründlichkeit durchzuführen.

4. Es wird hiermit nochmals festgestellt, dass ein Haushaltsausgleich mit eigenen Mitteln nicht möglich sein wird, da im Hinblick auf die Finanzierung der Aufgaben der Landkreise ein strukturelles Defizit dauerhaft existiert. Das Land wird aufgefordert, im Rahmen des Verfahrens zum Kommunalen Schutzschirm den Kommunalen Finanzausgleich dahingehend zu verändern, dass das strukturelle Defizit beseitigt wird und die Landkreise in die Lage versetzt werden, mittelfristig einen Haushaltsausgleich herzustellen.“

Kreistagsabgeordneter Matthias Klose bittet um getrennte Abstimmung der einzelnen Positionen des Initiativantrages der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW.

Abstimmung über
Ziffer 1 des Initiativan-
trages:

Zustimmung (einstimmig)

Abstimmung über
Ziffer 2 des Initiativan-
trages:

Zustimmung (einstimmig)

Abstimmung über
Ziffer 3 des Initiativan-
trages:

Zustimmung (mehrheitlich bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW; bei Ablehnung durch die CDU-Fraktion)

Abstimmung über
Ziffer 4 des Initiativan-
trages:

Zustimmung (einstimmig)

Abstimmung über
den gesamten Initia-
tivantrages (wegen
der Einleitungsfor-
mel):

Zustimmung (einstimmig bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion)

Abstimmung über
den Dringlichkeitsan-
trag (= Hauptantrag):

Ablehnung (mehrheitlich bei Zustimmung durch die CDU-Fraktion; Ablehnung durch die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW)

**Zu TOP 18
(Vorlage Nr. 0380/2012):**

**Dringlichkeitsantrag Resolution zur neuen RMV-
Erlösverteilung**

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:

Änderungsanträge:
(Wurde zu Sitzungsbeginn ausgelegt, Anlage 3)

Abstimmung über
die Dringlichkeit:

Zustimmung (einstimmig)

Abstimmung über
den Dringlichkeitsan-
trag:

Zustimmung (einstimmig)